

URL: http://www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1347522

Energiepreise

Koalition will Ölschock mildern

VON MARKUS SIEVERS



Steigende Preise - und kein Ende in Sicht (ddp)

Berlin. Die schwarz-rote Koalition will die Bevölkerung vor weiteren Energiepreisschocks bewahren, streitet allerdings über den richtigen Weg.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber brachte einen Sozialtarif bei Strom, Gas und Fernwärme ins Gespräch. Die Politik dürfe die Verbraucher mit diesen Belastungen nicht allein lassen, erklärte der Energieexperte Kelber. "Wir müssen uns um eine andere Preisgestaltung kümmern." Als Beispiel nannte er Sozialtarife für Energie und eine Entfernungspauschale für Geringverdiener.

Widerspruch kam aus der Union. "Ich bin für bezahlbare Energie für alle", sagte ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher, Ralf Brauksiepe, der FR. Ausnahmen für einzelne Gruppen bei Energiepreisen lehnte er ab. Diese müssten schließlich durch andere bezahlt werden. "Wir müssen darauf achten, die Lasten für die Leistungsträger dieser Gesellschaft nicht immer weiter in die Höhe zu treiben." Auch SPD-Wirtschaftspolitiker Rainer Wend übte Kritik. Sozialtarife bei Strom, Gas oder Fernwärme seien eine "populistische, aber nur scheinbar plausible und kluge Idee". Wer neue Sozialleistungen verteilen wolle, solle dies über das Steuersystem oder die Sozialkassen machen. Gegen steigende Energiekosten helfe nur eines, erklärte Wend im FR-Gespräch: "Wir müssen die Förderung alternativer Energien und der Einsparung massiv ausbauen."

Eine niedrigere Mehrwertsteuer für Energie verlangte der Präsident des Sozialverbandes VdK, Walter Hirrlinger. Wenn der Staat sich beschränke, könnten die Energiepreise sinken, erklärte Hirrlinger auf FR-Anfrage. Einem Sozialtarif für Geringverdiener sehe er "skeptisch", schon weil es kaum möglich sei, den Personenkreis abzugrenzen.

Das Bundesumweltministerium hatte zuvor einen dramatischen Anstieg der Gaspreise vorausgesagt. "Über die bereits bekannt gewordenen 25 Prozent kann es im Herbst noch einmal eine Erhöhung des Gaspreises um bis zu 40 Prozent geben", sagte Umweltstaatssekretär Michael Müller (SPD) der Welt am Sonntag. Die Europäische Union müsse sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Gastarife nicht länger den Ölpreisen folgten.

Die Energieminister der acht führenden Wirtschaftsnationen warnten in Japan vor einer Rezession als Folge der hohen Ölpreise. Sie riefen die Förderländer auf, ihre Produktion zu erhöhen. Südkorea kündigte wegen der Rekord-Ölpreise ein milliardenschweres Hilfspaket für seine ärmeren Einwohner an.

Kommentar: **Dummer Wettstreit**

Ratlosigkeit: **Kein Rezept gegen Ölpreis-Hoch**

[document info]

Copyright © FR-online.de 2008

Dokument erstellt am 08.06.2008 um 17:44:01 Uhr

Letzte Änderung am 08.06.2008 um 22:09:09 Uhr

Erscheinungsdatum 09.06.2008